

Hürden für Homosexuelle in Deutschland

Konservative gegen mehr Adoptionsrechte für Schwule und Lesben

Die deutsche Justizministerin Zypries will homosexuellen Paaren mehr Adoptionsrechte gewähren, da Studien ergeben hätten, dass sie genauso gute Eltern seien wie Heterosexuelle und ihre Kinder ebenso glücklich aufwüchsen. In den Unionsparteien regt sich Widerstand.

U. Sd. Berlin, 24. Juli

Deutschland ist, verglichen beispielsweise mit den Ländern Ost- oder Ostmitteleuropas, in der Bekämpfung der Homophobie erfreulich weit fortgeschritten. Lesben- und Schwulenparaden wie etwa die Christopher Street Parade sind zur fröhlichen Selbstverständlichkeit geworden, Homosexuelle verfügen über akzeptierte, lebendige Subkulturen, sind dabei aber auch gesellschaftlich gut integriert, und die Homosexualität von Politikern oder Stars ist nur noch in ganz hinterwäldlerischen Kreisen ein Gesprächsthema. Homophobie gibt es natürlich, vor allem bei Neonazis, aber daran, dass sich Lesben und Schwule solide Lebensräume erobert haben, ändert das nichts. Die Lage ist aber noch lange nicht ideal – man denke nur an das nach wie vor angespannte Verhältnis zur katholischen Kirche oder an die nicht abbreissenden und immer brutaler werdenden Überfälle auf Homosexuelle.

Für eine europäische Regelung

Justizministerin Brigitte Zypries, eine Sozialdemokratin, hat dieser Tage nach einer weiteren Verbesserung gerufen. Sie möchte, dass homosexuelle Paare auch bei der Adoption von Kindern heterosexuellen gleichgestellt werden. Anlass für die Forderung Zypries' ist eine Studie der Universität Bamberg, laut der die mindestens 6600 Kinder, die derzeit in Deutschland von homosexuellen Paaren erzogen werden, genauso glücklich sind wie die Kinder heterosexueller Paare und sich genauso gut entwickeln. Bis heute besteht für homosexuelle Lebenspartnerschaften lediglich die 2005 geschaffene Möglichkeit der sogenannten Stiefkind-Adoption, was bedeutet, dass die Kinder der Lebensgefährten adoptiert werden dürfen, falls es sich bei ihnen um leibliche Kinder handelt. Adoptionen ausserhalb dieses

Rahmens sind verboten. Zypries möchte so rasch wie möglich das neue, von elf europäischen Staaten bereits ratifizierte Europäische Adoptions-Übereinkommen in Kraft setzen, das die vollen Adoptionsrechte gewährleistet.

Die ersten Reaktionen auf den Vorstoss Zypries' haben niemanden überrascht. Liberale und Grüne unterstützen ihn, vom Koalitionspartner der Sozialdemokraten, den Unionsparteien CDU und CSU, kommt Widerstand. Wolfgang Bosbach, Vize-Fraktionsvorsitzender der Union, sagte, man wolle ganz einfach keine völlige Gleichstellung, und die bayrische Sozialministerin Christine Haderthauer griff auf eine ziemlich infame Unterstellung zurück, als sie sagte, das Ziel von Adoptionen sei es, für Kinder eine optimale Familie zu finden, und nicht umgekehrt. Laut der Studie der Universität Bamberg sind es übrigens meist lesbische Frauen, die Kinder in homosexueller Partnerschaft aufziehen. Zwei schwule Väter haben nur 5,5 Prozent der Kinder.

Noch immer mangelhafte Akzeptanz

Homosexuelle Vereinigungen jeglicher Couleur haben Zypries' Aufruf zum Anlass genommen, darauf hinzuweisen, dass die Gewalt gegen Homosexuelle nach wie vor ein riesiges Problem sei, vor allem auf dem Land und in Grossstädten. Laut der Sprecherin des Lesben- und Schwulen-Verbands, Renate Rampf, hat sich zwar die rechtliche Lage der Homosexuellen gebessert, nicht aber die Akzeptanz in der Gesellschaft. Hier gebe es noch grosse regionale Unterschiede. Die durch eine gewisse Toleranz in den letzten Jahren geförderte verstärkte Sichtbarkeit von Homosexuellen veranlasse «Gegner» immer häufiger zu Übergriffen. Berliner wissen das nur zu gut.

Erst Anfang Juni wurden am Heinrichsplatz sieben Besucher eines Drag-Festivals brutal überfallen. Verlässliche Zahlen zur Gewalt gegen Schwule und Lesben fehlen, doch eine Studie des Schwulen Anti-Gewalt-Projekts Maneo in Berlin ergab, dass rund ein Drittel aller Befragten in den letzten zwölf Monaten Gewalt erfahren hatte, viele von ihnen sogar mehrmals. Experten vermuten eine hohe Dunkelziffer und glauben, dass viele Opfer die Übergriffe der Polizei nicht melden.